

Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V.
Der Vorsitzende



Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
Stresemannstraße 128 – 130
10117 Berlin

26316 Varel
Zum Jadebusen 179
Tel.: 04451 126 103
Fax: 04451 860798
geschaeftsstelle@sdn-web.de
www.sdn-web.de

Varel, den 01.09.2025

Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V. (SDN)

zu den Referentenentwürfen:

- *Entwurf eines Gesetzes zu den Entschließungen LP.3(4) und LP.5(14) zur Änderung des Artikels 6 des Londoner Protokolls*
- *Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V. gibt zu den o.g. Referentenentwürfen folgende Stellungnahme ab:

Grundsätzliche Position der SDN

Die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V. hat gegen die Einführung und Förderung von Carbon Capture and Storage (CCS) erhebliche Bedenken und lehnt diese daher entschieden ab.

Aus derzeitiger Sicht fehlt es der SDN an einer Bilanzierung zum wirklichen Nutzen einer CO₂-Verpressung im Nordseeuntergrund. Ferner fehlen Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit, die die geplanten Umsetzungen ökologisch riskant machen. Aus Sicht der SDN verstößt das geplante Gesetzesvorhaben eklatant gegen die Vorgaben der Meeresstrategierahmen-richtlinie der Europäischen Union. Die vorliegenden Referentenentwürfe verfestigen den Weg, die Nordsee - noch mehr als bereits in der Vergangenheit geschehen - konsequent als Müllkippe zu nutzen und dabei den Schutz von Mensch und Natur erheblich zu gefährden.

Mit der Umsetzung von CCS in der Nordsee fehlen zukünftig Anreize der Emissionsvermeidung. Man schafft hier Voraussetzungen, um sich (über mittelalterlich wirkende Freibriefkäufe) rein zu waschen (Greenwashing) und weiterhin an alten Technologien festzuhalten.

Derzeit sehen wir als SDN durch die Verpressung im Meeresuntergrund eine erhebliche Gefahr für marine Ökosysteme mit unkalkulierbaren Folgen, deren Konsequenz überhaupt noch nicht untersucht wurde.

Mit der Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes führt die weitere Industrialisierung der Nordsee zu einer zusätzlichen Belastung eines ohnehin übernutzten Meeresteils.

Methoden wie Ozean-Alkalinisierung oder Biomasseversenkung sind unkontrollierte Großexperimente, deren Folgen nicht hinreichend vorab untersucht wurden.

Ebenfalls fehlt ein Mitspracherecht der Küstenländer jenseits der 12-Meilen-Zone, obwohl hier eine große Betroffenheit vorliegt.

Zu den Risiken einer CO₂-Verpressung seien hier beispielhaft aufgeführt:

- **Pipeline-Lecks:** 2024 trat in Louisiana (USA) aus einer 60 cm Pipeline etwa **405.000 Liter CO₂** aus. Symptome: Kopfschmerzen, Schläfrigkeit, Atemnot; bei früheren Lecks (Mississippi 2020) mussten 200 Menschen evakuiert werden, 45 kamen ins Krankenhaus.
- **Unsichtbare Gefahr:** CO₂ ist farb- und geruchlos, schwerer als Luft und sammelt sich in Senken.
- **Fehlende Warnsysteme:** Viele Pipelines verfügen über keine Alarmer. Notfallpläne sind unzureichend.
- **Synergieeffekte:** Verunreinigungen erzeugen aggressive Säuren (HNO₃, H₂SO₄), die die Pipelineintegrität massiv gefährden.
- **Korrosionsgefahr:** In superkritischen CO₂-Pipelines beschleunigen schon geringe Mengen Wasser und Verunreinigungen (O₂, SO₂, NO₂, H₂S) die Korrosion.
- **Korrosionsraten:** Bis zu **12 mm/Jahr** – mit Risiko von Durchrostung und Leckagen.
- **Fehlende Standards:** Bisher existieren keine international einheitlichen Qualitätsanforderungen für CO₂ in Pipelines.

Aus heutiger Sicht ist nach Ansicht der SDN ein gesetzliches Kompletterbot von CCS in Deutschland, die Streichung aller CCS-relevanten Regelungen aus den vorliegenden Entwürfen, eine konsequente Fokussierung auf Emissionsvermeidung statt Speicherung und eine verbindliche Beteiligung der Küstenländer an allen Entscheidungen zur Nordsee-Nutzung der einzig gesamtgesellschaftlich maßgebliche Weg.

Die SDN fordert daher vor Änderung der Gesetze und vor Etablierung einer „Ewigkeitstechnologie“, eine verbindliche Testphase von mindestens 10 Jahren in einem stark begrenzten Gebiet. Im Vorwege müssen mögliche Risiken beurteilt werden, bevor Fakten geschaffen werden und die Folgen des Handelns irreversibel sind.

Ferner sind viel stärker alternative Wege in den Blick zu nehmen. Die SDN fordert daher auch, Ressourcen auf echten Klimaschutz zu lenken und zu konzentrieren.

Mit freundlichen Grüßen



Vorsitzender der SDN e.V.